

Volksmacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 M., einschließlich Zustellgebühr. In den Abholstellen monatlich 40 Pfg. Durch die Volkswacht vierteljährlich 1,25 M. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Die 6gepalte Beitzelle 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., die 2gepalte Mellemzeile 1 M., Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 38

Danzig, Sonnabend den 21. September 1918

9. Jahrgang

Oesterreichs Friedensruf und sein Echo

Oesterreich hat am Sonntag die Welt mit einem neuen Friedensangebot überrascht. Es ist von Oesterreich allein unterschrieben, nicht von seinen Bundesgenossen und an einigen Stellen will man sogar wissen, daß in Berlin zunächst der Versuch gemacht wurde, Oesterreich von seinem Schritt zurückzuhalten.

Was will Oesterreich? Indem es dem Friedensangebot vom Dezember 1918 nicht jede Wirkung abspricht, sondern von daher die Redezeit über den Frieden datiert — eine furchtbar lange Redezeit! — ladet es jetzt alle Kriegführenden zu einer vorbereitenden, unverbündlichen Besprechung in irgend einem Ort des neutralen Auslandes ein. Der Krieg soll inzwischen „ungeföhrt“ weiter gehen, damit man das Angebot nicht als Schwäche auslegt, aber inzwischen könnten die Abgesandten der Staaten doch einmal probieren, ob nicht die Sehnsucht der Völker nach dem Ende des Blutes, ob nicht die teilweise Uebereinstimmung in den allgemeinen Grundsätzen des zukünftigen Friedens auch zu einer Verständigung über dessen einzelne Paragraphen führen könne. Ob man sich nicht jetzt schon über Völkerverbund, Abrüstung und Schiedsgericht, über die zukünftigen Grenzen und die Räumung besetzter Gebiete einigen und die Eingriffe in die innere Gestaltung der kriegführenden Staaten gemeinsamer als unzulässig abweisen kann. Das alles könnte doch jetzt endlich in einer solchen Besprechung in Bern und Zürich, in Kopenhagen oder Madrid einmal geprüft werden, meint Oesterreich.

Die erste Regierung, die ihre Antwort auf die österreichische Friedensnote, wenn nicht gegeben, so doch angekündigt hat, war die deutsche. In einer als amtlich gekennzeichneten Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ wurde die Bereitwilligkeit zu einer Beteiligung an den vorgeschlagenen Besprechungen ausgesprochen, freilich zugleich auch ein leiser Zweifel daran ausgedrückt, ob der österreichische Schritt zweckmäßig gewesen sei. Der Zweifel wäre vielleicht schärfer betont, die Bereitwilligkeit leiser gedämpft worden, wenn nicht die Mehrheitsparteien, vor allem die Sozialdemokratie, ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit mit hinreichender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hätten.

Dem Staatssekretär v. Hatzfeld, dem von den Alldeutschen begeistert begrüßten Nachfolger Kühlmanns, ist es in erstaunlich kurzer Zeit gelungen, im Bündnis der Mittelmächte die größte Verwirrung

anzurichten. Hinz war kürzlich in Wien und hielt dort eine Rede über den Krieg, der kein Rosengarten ist und über die Freiheit der Presse in Deutschland und Oesterreich, worüber halb Wien verärgert war und halb Wien lachte. Als er zurückgekehrt war, wurde, wie üblich, das „vollkommene Einverständnis“ zwischen den Mittelmächten festgestellt. Gleich hinter Hinz her kam aber die österreichische Friedensnote, die in Berlin, oder wenigstens von Hinz keineswegs gewünscht worden ist, und schon erhebt sich auch von Wien aus der Vorwurf, daß man in Deutschland die österreichische Friedensaktion nicht unterschätze, sondern durchkreuze.

Einen solchen Durchkreuzungsversuch erblickt man vor allem in der

Rede des Vizekanzlers v. Payer

Da unter einer angenehm schillernden Oberfläche den bösen Satz birgt, im Osten sei Friede und bleibe Friede, ob das nur den Feinden gefalle oder nicht. Man sieht in diesem Satz eine Festlegung der deutschen Regierung in dem Sinne, daß diese sich weigere, auch die Regelung der Ostfragen auf die Tagesordnung der von Oesterreich angeregten Besprechung setzen zu lassen. Diese Weigerung wäre aber für den österreichischen Vorschlag das Todesurteil.

Um die Wirkung einer solchen Weigerung auf die Gegenseite zu verstehen, muß man sich einmal vorstellen, die Entente erklärte, sie sei zwar bereit in eine Besprechung einzutreten, doch dürften die deutschen Kolonien, Palästina und Mesopotamien nicht mehr erwähnt werden, das sei und bleibe eine erledigte Sache, ob es nun Deutschland gefalle oder nicht. Welcher Sturm würde sich über eine solche Antwort der Gegner in der deutschen Presse erheben, welche Fälle von Kraftausdrücken würde dazu angewendet werden, um den verbildeten Hochmut, die krasse Unverschämtheit der Gegner ins rechte Licht zu stellen. Oder man nehme weiter an, in dem Augenblick, in dem man an den Konferenztisch gehen soll, würde England

die dauernde Lösung

Palästinas, Arabiens und Mesopotamiens von der Türkei proklamieren und einen englischen Prinzen als Gouverneur da hinuntergeschicken. Nicht nur alldeutsche Blätter würden dann behaupten, daß England darauf ausgehe, den Mittelmächten einen Schmachfrieden aufzuerlegen.

Man begreift also das üble Vorspiel, das die Antwort auf Burians Note in der englischen Kritik der Rede Payers gefunden hat. Die ganze Presse vom radikal-pazifistischen Flügel bis zu den konservativen Siegpolitikern hinüber ist einmütig in der Ueberzeugung, daß es keinen Frieden geben könne, solange sich Deutschland weigere, in die Regelungen einer allgemeinen Weltkonferenz auch die Ostfragen mit einzubeziehen.

Wir meinen nun freilich, daß diese deutsche Weigerung nicht ganz buchstäblich zu nehmen ist und nicht unbegrenzt gilt. Sie entspringt nur einer

überlebten Händlerklugheit,

die mit leichten Angeboten solange wie möglich zurückhalten will, sie ist weder grundsätzlich noch endgültig. Trotzdem muß sie in diesem Augenblick als eine schwere Schädigung der österreichischen Friedenspolitik empfunden werden.

Selbst Blinde und Taube müssen so bemerken, daß in der „einheitlichen Politik“ der Mittelmächte etwas nicht stimmt. Das ist nun freilich nichts ganz Neues, aber zum gegenwärtigen Grade der Verpfuschung sind die Dinge erst unter Hinz gediehen. Hinz hat die österreichische Friedensnote in dem Augenblick, in dem die deutsche Front ins Wanken geraten war, für unzeitgemäß und wollte er so lange warten, bis sich die Dinge in Westen wieder beseitigt hätten, so mußte er die Kraft haben, diese seine Meinung auch durchzusetzen. Hatte er diese Kraft nicht, so mußte er den Schritt Oesterreichs mitmachen und unterstützen, zum mindesten von ihm jede Störung fernhalten. Dann dürfte aber der

verabredete Paktus in der Rede Payers

nicht gesprochen werden, und im Osten müßte der Grundsatzen Ruhendes nicht zu bewegen. Für die finnische Königskomödie gab es in diesem Augenblick keinen Platz mehr.

Daß sich zu den militärischen Ereignissen im Westen nun auch eine hochgradige diplomatische Verwirrung gestellt hat, muß auf die Gegner ermutigend wirken. Ihre Antworten auf die österreichische Friedensnote dürften davon nicht unbeeinflusst bleiben. Auf alle Fälle aber hat sich gezeigt, daß es mit der ziel- und steuerlosen Reichspolitik, wie sie bisher getrieben wurde, nicht weitergeht. Am 24. September soll nun der Hauptausschuß zusammentreten, und alsbald dürfte sich wohl auch die unausweichliche Notwendigkeit ergeben, den Reichstag selbst wieder einzuberufen. Wir brauchen eine Regierung mit festen Grundsätzen, die die innere diplomatische Front wieder beseitigt, dem Lande das ihm verlorengegangene Vertrauen zur Führung wiedergibt, die alle Kräfte aufbietet, solange es noch notwendig ist, zur Verteidigung, sobald sich aber die erste Gelegenheit dazu ergibt, zur Wiederherstellung des Friedens.

Die Art der Entente-Antwort

Laut „Berliner Tageblatt“ wäre die Antwort der Alliierten, einer halbamtlichen Londoner Meldung zufolge, innerhalb weniger Tage zu erwarten. Wahrscheinlich würden die Alliierten vorher von den Mittelmächten verlangen, daß sie mit gewissen Punkten, wie mit Entschädigung an Belgien und Serbien, sich einverstanden erklären.

Wilson's Ablehnung der Friedensnote

Washington, 16. September. (Reuter.) Der Staatssekretär veröffentlicht folgende Mitteilung: Von dem Präsidenten bin ich ermächtigt, bekanntzugeben, daß folgendes die Antwort unserer Regierung auf die österreichisch-ungarische Note sein wird, welche eine nicht offizielle Konferenz der Kriegführenden vorschlägt:

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß es nur eine Antwort gibt, die sie auf die Anregung der kaiserlich österreichisch-ungarischen Regierung geben kann. Sie hat wiederholt mit voller Verantwortlichkeit die Bedingungen bekannt gegeben, auf welche hin die Vereinigten Staaten einen Frieden in Betracht ziehen werden und kann und wird keinen Konferenzvorschlag über einen Gegenstand in Erwägung ziehen, welchen betreuend sie ihre Stellung und ihre Absicht bereits klargestellt hat.

Französische Pressestimmen

Kopenhagen, 17. September. „National Tidende“ meldet aus Paris: Die französische Presse stellt sich ganz abweisend gegenüber der österreichischen Friedensoffensive, doch wird sie keinen Zweifel darüber, daß sie überseht ist, daß Oesterreich Ungarn von einer Fortsetzung des Krieges nichts mehr zu erwarten hat.

„Petit Journal“ schreibt: Man weiß, daß Burian und Czernin früher die Zurückfluten durchgängig gehoben haben und erst nachdem die

Armeen des Kaisers geschlagen sind, ist ihre Sprache deutlich genug für eine Friedensoffensive. Die zwei österreichischen Staatsmänner haben ihre Friedensoffensive auf eine neue Art in der Absicht begonnen, die beiden Zentralmächte vor einer Katastrophe zu bewahren.

„Homme libre“, das Blatt Clemenceaus, ironisiert, daß die Lage die Zentralmächte gezwungen hat, ihrem kriegerischen Stand einen Dämpfer aufzusetzen. Das Blatt besteht darauf, daß die Zentralmächte die Verantwortung für die Schreden des Krieges haben und bezeichnet daher Burians Note als heuchlerisch.

Englische Stimmen

W. T. B. London, 16. September. „Daily Express“ erklärt, die österreichische Friedensnote bringt den wahren Frieden nicht näher. Die vorläufigen Friedensbedingungen wurden von den Alliierten immer wieder mitgeteilt. Es sind die Zurücknahme der deutschen Truppen aus Belgien und Frankreich, die Aufhebung der Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, die Bürgschaften für Wiederherstellung und Entschädigung, sowie die Anerkennung des Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung. In der österreichischen Note befindet sich nicht die geringste Andeutung, daß die Mittelmächte irgend einer dieser vorläufigen Bedingungen zustimmen werden. Wenn man die Note ihres Wortgepräuges entkleidet, bleibt nichts als die bloße Einladung zu einer gemeinsamen Konferenz, auf der Geschäfte abgeschlossen und die Vernichtung des Militarismus vielleicht abgemandelt werden können. Das das Schwerkzeug, wollen sich vor dem Untergang durch das Schwert retten. Die Unaufrichtigkeit der Note verrät ihren Ursprung. Sie ist von Wien datiert, aber sie wurde in Berlin geschrieben. Der Friede ist unmöglich, solange Deutschland das „Geschwäh über den Verteilungskrieg“ wiederholt, oder bevor es keine Vergehen gegen die Freiheit, Zivilisation und Sicherheit Europas zugibt. Jetzt wünscht es Verständigung und Freundschaft der Völker. Die Alliierten wollen weder Annäherung noch Freundschaft, sie wollen keine geheimen Verhandlungen, sie wollen den Frieden, aber einen dauerhaften, sicheren Frieden. Die Demokratie steht bei der Steuer der Weltpolitik. Ein neuer Wiener Kongress, wo Länder gegen einander ausgetauscht, die Schicksale der Völker ohne ihre Zustimmung geregelt werden können, ist jetzt für immer ausgeschlossen. Der Militarismus ist erschüttert. Dieses Friedensmanöver beweist das Unwiderlegliche. Wenn das deutsche Volk wünscht, sich vom Schutze mit ihm zu retten, so muß es auf „vorläufige Bedingungen“ bestehen. Das wird eine nützliche Besprechung ermöglichen und die Morgenröte eines annehmbareren Friedens verflünden.

Amerikanische Meinungen

New York, 17. September. (Reuter.) Die öffentliche Meinung der Zeitungen der Vereinigten Staaten vermischt mit einigen Ausnahmen unzweideutig den österreichischen Friedensvorschlag. Sowohl die demokratischen wie die republikanischen Mitglieder des Kongresses stehen der Annahme des österreichischen Vorschlages unter den gegenwärtigen Verhältnissen gleichermäßen ablehnend gegenüber. Senator Lodge, darüber befragt, sagte, er sei nicht der Meinung, daß der Friedensvorschlag irgendwelche Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Hitchcock, erklärte, das Friedensgerede wäre lächerlich in der jetzigen Zeit. Er rief, Amerika und die Alliierten sollten bis zum militärischen Triumph kämpfen, welcher die vollständige Niederlage des Feindes bedeute. Der Vorsitzende des Ausschusses für die militärischen Angelegenheiten des Repräsentantenhauses sagte, das Anerbieten bedeute ohne Zweifel, daß Deutschland geschlagen sei. Er sei gegen eine Konferenz, es sei denn, daß man darunter verstände, der Krieg solle weitergehen, bis der Friede diktiert werden könne.

„World“ sagt: Solange noch Leute für das Große Hauptquartier sprechen und der Welt neue Schreden androhen, lohnt es sich für die Wiener Regierenden, die offensichtlich in Not sind, schmerzliche Friedensentwürfe in bindender oder anderer Form vorzuschlagen. Wenn Deutschland Frieden will, wird es ihn für sich in seinem eigenen Namen zu verlangen haben. Bis dahin mag die Antwort unverändert bestehen: Gewalt bis zum äußersten! — „New York Herald“ wies darauf hin, daß die Entente-Staatsmänner wiederholt und eingehend ihre hauptsächlichsten Friedensbedingungen dargelegt haben und verlangt, daß die Mittelmächte vor jeder Friedenskonferenz die Waffen niederlegen, die besetzten Gebiete räumen und von dem schmachvollen Brest-Litowsker Vertrag zurücktreten müßten. — „New York Times“ dagegen sieht Möglichkeiten in der österreichischen Anregung, weil der Vorschlag ein Eingeständnis der Niederlage aufweist und keinen Mangelzustand in sich schließt.

Das Zentralorgan der dänischen Sozialdemokratie

Kopenhagens „Socialdemokraten“ schreibt: Mit der gleichen Aufmerksamkeit, mit der die Welt die österreichische Friedensnote aufnahm, wird sie nun die Antwort der Ententemächte abwarten. Diese haben nun die Wahl: entweder das Blutvergießen fortzusetzen oder den Versuch zu machen, ihn ein Ende zu bereiten, wie die Friedensnote vorschlägt, und man sollte meinen, daß es kaum einen verantwortlichen Staatsmann geben wird, der diese Note zurückweisen kann. Die Mittelmächte werden nach dem Vorschlage moralisch stark dastehen, während die Ententemächte, wenn sie ihn zurückweisen, eine moralisch schwache Haltung einnehmen. Weisen die Ententemächte den Vorschlag zurück, so werden die Mittelmächte sich enger zusammenschließen zum Kampf um ihr Bestehen und der Krieg wird furchtbarer und erbitterter werden als zuvor. Andererseits werden weite Kreise der Bevölkerung der Ententemächte sich in Opposition gegen ihre Regierungen erheben, weil sie die Friedensmöglichkeit zurückweisen, was vermutlich auch nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Soldaten sein wird.

Stimmen aus der Schweiz

Bern, 16. September. Das die österreichische Friedenspolitik an die Schweiz anknüpft und nicht einen eigentlichen Friedensvertrag, sondern lediglich eine vorläufige Vereinbarung beschließen soll, wird von der Berner Presse als besonders günstiges Angebot gewertet, da nicht anders bezweifelt werden kann, dass die Schweiz zu diesem Zweck bereit ist.

Das „Berni Anzeigerblatt“ schreibt die Rote Graf Burian (wobei es auf die Berner Zeitung geht). Jeder Umwälzungsmoment könne in der Schweiz ein neuerlicher Beweis der friedlichen Absichten und verlässlichen Haltung der Doppelmonarchie erblickt. Die vorerwähnte Mitteilung des österreichischen Botschafters in Bern sei ein neuerlicher Beweis dafür, dass die Schweiz zu einem Ergebnis führen werde, das dem Interesse aller Neutralen dienlich sei.

Das „Berni Anzeigerblatt“ schreibt die Rote Graf Burian (wobei es auf die Berner Zeitung geht). Jeder Umwälzungsmoment könne in der Schweiz ein neuerlicher Beweis der friedlichen Absichten und verlässlichen Haltung der Doppelmonarchie erblickt. Die vorerwähnte Mitteilung des österreichischen Botschafters in Bern sei ein neuerlicher Beweis dafür, dass die Schweiz zu einem Ergebnis führen werde, das dem Interesse aller Neutralen dienlich sei.

Das „Berni Anzeigerblatt“ schreibt die Rote Graf Burian (wobei es auf die Berner Zeitung geht). Jeder Umwälzungsmoment könne in der Schweiz ein neuerlicher Beweis der friedlichen Absichten und verlässlichen Haltung der Doppelmonarchie erblickt. Die vorerwähnte Mitteilung des österreichischen Botschafters in Bern sei ein neuerlicher Beweis dafür, dass die Schweiz zu einem Ergebnis führen werde, das dem Interesse aller Neutralen dienlich sei.

Verständigungsfriede und Kriegslage

Von Richard Gable, fr. Oberst.

Nachdem der Vizekanzler des Deutschen Reiches den Verständigungsfrieden als Ziel der Reichsleitung öffentlich verkündet hat, wird es gestattet sein, ihm auch vom Standpunkte der Kriegslage aus zu begründen, was vorher vielleicht nicht angebracht gewesen wäre. Auch der Reichskanzler selbst hat ja erklärt, daß er mit der obersten Heeresleitung vollkommen einig sei in der Erstrebung des Verständigungsfriedens. Diese Auffassung der Gesamtlage hat letztere offenbar nicht erst im Laufe der letzten Woche gewonnen, sondern schon vor Beginn des Frühjahrsfeldzuges gehabt. Und auch wir, die in die inneren Verhältnisse der Kriegführenden weniger tiefen Einblick besitzen als jene, konnten mindestens seit dem Ende des Monats Mai aus dem Verlaufe der Dinge zu dergleichen Ueberzeugung gelangen. Die Ereignisse der letzten beiden Monate haben damit nichts zu schaffen; ich habe sie nie als einen ins Gewicht fallenden Mißerfolg betrachtet, sondern nur als einen Ausbruch der tatsächlich bestehenden Lage.

Offenbar hat der deutsche Feldherr den großen Angriffstoch des 21. März und die folgenden nicht mit dem Ziel und in der Hoffnung unternommen, die gegnerischen Streitkräfte niederzuringen, sie zur Fortsetzung des Kampfes untauglich machen zu können. Wäre dies die Absicht gewesen, so hätte er ja in der Tat mit einem Mißerfolg geendet. Auch hat er nicht einen großen Raum erzielen wollen, denn zum Verluß der Lore nach Deutschland genügt das, was wir besitzen, vollkommen; es ist ein weides und stark besetztes Korfeld, das die Kriegsführung von unseren Vätern fern hält. Die Ziele der deutschen Heeresleitung glaube ich vielmehr dahin verstehen zu sollen, daß sie den Gegner an Streitkräften und an Streitmitteln möglichst schwächen, seine Jährenüberlegenheit dauernd niederhalten, seine Kriegslust dämpfen und in immer weiteren Kreisen der feindlichen Heere und Völker die Ueberzeugung einpflanzen wollte, daß die Fortsetzung des furchtbaren Ringens, in der Aussicht die Mittelkräfte niederzuringen, ihre Widerstandskraft vernichten zu können, eine Utopie und die Fortsetzung des Blutvergießens darum eine verbrecherische Torheit sei. Unser Angriffsfeldzug des Frühjahr blieb also seiner inneren Bedeutung nach eine tatkräftig geführte Verteidigung, wie der starke Ausfall aus einer belagerten Festung. Es lag ihm also

etwa die gleiche Absicht zugrunde, wie nach den Worten des neuen Chefs des Admiralstabes unserem Unterseebootkrieg, nämlich England an der Verhandlungslage zu bringen. Diese maßvolleren Ziele hat unser Frühjahrsfeldzug teilweise bereits erreicht, teilweise ist er ihnen näher gekommen. Denn unleugbar ist auf der Gegenseite die Hoffnung, einen sogenannten Volkstiege erzielenden, Deutschland unter ein laudinisches Joch bringen zu können, in immer weiteren Kreisen im Schwenden, mögen auch Clemenceau und Lloyd George sich noch an blutigen Träumen berauschen. Was aber die Schwächung der feindlichen Kriegsmacht anbetrifft, so ist sie in vollster Maße gelungen; Jochs Gegenstände wären weit gefährlicher geworden, wenn die Angriffskraft seiner französischen und englischen Heere nicht durch den Viermonatsfeldzug vorher ganz empfindlich vermindert worden wäre. Wie ihre ruhmvollen Berichte bringen die Gegner denn auch über das Bewußtsein nicht hinweg, daß sie nichts Entscheidendes erreicht haben, daß im Gegenteil der rechtzeitige Rückzug des deutschen Heeres ihnen ihre Beute entzogen hat. Auch wenn man ihren Angaben über Befangenzahlen und eroberte Geschütze traut, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Beute an Gefangenen und Kriegsgerät, die wir in den letzten sechs Monaten gemacht haben, die ihrige um mehr als das Doppelte übertrifft. Nehmlich wird es um die blutigen Verluste stehen. Ich habe erst vor einigen Tagen nachgewiesen, daß die amtlichen Angaben über die englischen Verluste ganz erheblich zu gering sind; die Gesamtverluste der Franzosen, Engländer und Amerikaner einschließlich ihrer farbigen Brüder während der letzten sechs Monate veranschlage ich auf 1 1/2 bis 1 3/4 Millionen Mann, eine furchtbare Zahl, die jedem menschlich fühlenden Herzen den Gedanken an eine Beendigung des Nordens nahe legen sollte.

Vorausichtlich wird die deutsche Heeresleitung bei dem bisherigen Charakter ihrer Kriegsführung, in scharfer Erkenntnis der Lage, auch in Zukunft verbleiben, was nach dem oben Befagten gelegentliche Angriffsunternehmungen auch größeren Umfangs keineswegs ausschließt. „Heimlichkeiten“ wird nach einer Zeiherung Hindenburgs ihr Lösungswort bleiben, und nicht „niederzuschlagen“.

Die gleiche Erkenntnis ist bei der feindlichen Führung noch nicht durchgedrungen. Sie wird ihre Massen von neuem in Großkämpfe hegen und von neuem um den Vorber eines entscheidenden Sieges fechten — unter Umständen, die die Gegner selbst schon jetzt als überaus schwierig anerkennen. Daß aber die augenblicklich bestehenden Stärkeverhältnisse sich noch wesentlich zu ihren Gunsten verschieben werden, glaube ich nicht, solange die Ereignisse mich nicht des Gegenteils belehren. Die Natur selbst beschränkt die Leistungsfähigkeit der Amerikaner, wie ich neuerlich schon ausführte; militärisch sind die Vereinigten Staaten keineswegs ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten. An eine Verstärkung der englischen und französischen Heere ist ohnehin nicht zu denken; die Angriffskraft der französischen Truppen hat anscheinend vielfach nachgelassen. Was also unter jenen günstigeren Verhältnissen nicht möglich gewesen ist, was sie in den gewaltigen Massenstürmen von langen vier Jahren nicht erreicht haben, während wir mit unvergleichlich stärkeren Kräften als gegenwärtig im Osten gebunden waren, wie sollten sie es jetzt zu günstigeren Ergebnissen bringen?

Soweit menschliche Erkenntnis reicht, ist ihr Sieg so unwahrscheinlich, daß man für die praktische Politik diesen Gedanken ausschließen sollte. Ich halte es dabei durchaus für denkbar, daß sie noch einen oder den anderen Vorteil erreichen, daß wir unsererseits an der einen oder anderen Front unsere Linie noch enger zusammenziehen mögen. Aber das genügt doch bei weitem nicht zum Siege der anderen. Der würde ganz andere Fortschritte zur Voraussetzung haben und mit einer empfindlichen Niederlage des deutschen Heeres, mit seinem weiteren Zurückweichen gegen den Rhein, mit der Preisgabe der belgischen Küste beginnen müssen.

Wollt ich in ruhiger Abwägung der beiderseitigen Stärkeverhältnisse einen derartigen Umschwung der Lage für ausgeschlossen erachte, glaube ich auszusprechen zu dürfen, daß nicht nur politisch, sondern noch mehr militärisch die Dinge durchaus reif sind für den Verständigungsfrieden. Bei einer noch so langen und gewissenlosen Verlängerung des Blutvergießens wird nichts anderes herauskommen, als was jetzt schon klar vor unseren Augen liegt.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Ein neutraler Friedensschritt?

Schweizer Grenze, 17. September. (Z.M.) Nach schweizerischen Meldungen spricht man in der Schweiz von einem Friedensschritt der neutralen Regierungen. Im Berner Bundeshaus wird dies weder bestätigt, noch widerprochen. Die schweizerischen Blätter denken ebenfalls an, daß mit einer Friedensaktion des Papstes zu rechnen ist.

Friedensangebot und Finnland-Abenteuer

Das „Vorwärts“ legt drei Forderungen vor, die den künftigen Zusammenhalt des Reichstages notwendig machen: 1. die militärische Ereignisliste, 2. der österreichische Friedensschritt, 3. das finnische Abenteuer. Zwischen den beiden letzten besteht der engste Zusammenhang.

Die österreichische Note fordert eine Antwort auch der deutschen Regierung. Sie wird, legen wir voraus, so entgegenkommend und behutsamend wie nur möglich ausfallen. Sie bleibt aber ein Stück Papier, wenn die politischen Handlungen der Regierung ihren Erklärungen widersprechen.

Das finnische Abenteuer spielt mit der finnischen Thronfrage, als ob die deutsche Regierung davon nichts wüßte, nach aufgegeben werden. Prinz Friedrich Karl von Hessen ist reichlicher General und Schwager des Kaisers, er kann die Verantwortung zum Kriegserreignis und des Familienoberhauptes zu haben. Dem Kaiser ist unter den gegebenen Umständen zu erwarten, daß er seinem Schwager die Annahme der finnischen Krone unterliegt.

Die Fortsetzung des finnischen Abenteuers ist die schlimmste Störung der österreichischen Friedensaktion. Sie muß unterbleiben, wenn man neue Verhandlungen nach außen und innen verbinden will. Die deutsche Regierung ist es dem Reiche schuldig, Handlungen zu unterlassen, die in jeder Hinsicht Gegenstand der öffentlichen Anklagen gegen sie werden könnten.

Auf keinen Fall aber darf eine so entscheidend wichtige Aktion, als die finnische, unternommen werden, ohne daß der Reichstag über sie gehört worden ist. Die Regierung sollte es sich demnach überlegen, die Verantwortung für dieses unglückliche Abenteuer nicht zu übernehmen. Schon darum ist die sofortige Einberufung des Reichstages notwendig.

Wirtschaftsabkommen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine

Wien, 10. September. (Z.M.) Heute wurde in Wien von den ukrainischen Botschaftern dem deutschen Botschafter Friedrich Jürgel ein Entwurf eines Wirtschaftsabkommens zwischen der Ukraine einerseits und Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits für das Jahr 1918 vorgelegt. Nach diesem Abkommen wird die Ukraine den Mittelmächten bestimmte Waren, Getreide, Vieh, Leder und andere Rohstoffe liefern. Diese Rohstoffe liefern oder deren Austausch freigeben. Die Verwaltung der wichtigsten ukrainischen Lebensmittel, insbesondere von Getreide und Leder erfolgt auf der Grundlage der ukrainischen Autonomie. Die Mittelmächtigen werden sich

teils der Ukraine insbesondere bestimmte Mengen Kohlen und Mineral- und Öl-Erzeugnisse liefern. Ferner sind im Interesse des Verkehrs zwischen den Mittelmächten und der Ukraine Vereinbarungen über die Fragen der Ausfuhr nach der Ukraine und der Durchfuhr, sowie über die Eisenbahntarife und Zölle getroffen. In Verbindung mit dem Wirtschaftsabkommen wurde ein Finanzvertrag in Höhe von 1600 Millionen Rubel abgeschlossen, der der Ukraine die Saluta der Mittelmächte sichert, deren sie für die beabsichtigte Forderung ihrer Währung bedarf. Die Mittelmächte dagegen erhalten die erforderlichen ukrainischen Zahlungsmittel.

Der Kurs beträgt 85 Rubel für 100 Mark, 50 Rubel für 100 Kronen. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß das umfängliche Abkommen, das nach wochenlangen schwierigen Verhandlungen zustande gekommen ist und den berechtigten Interessen der vertraglich bindenden Länder volle Rechnung trägt, wesentlich dazu beitragen wird, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Ukraine und den Mittelmächten enger und freundschaftlicher zu gestalten.

Pagberweigerung auch gegen Nicht-Volschewiki

Stockholm, 14. September. Die russische sozialistische Abordnung im Zustand teils in der Zeitung „Sozialdemokraten“ mit: Die Vertreter der russischen Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre in Stockholm Paul Agelroth und Nikolai Ruffanoff sind durch ihre englischen Parteifreunde Henderson und Bovermann zur internationalen Sozialistenkonferenz eingeladen worden, die in London zwischen dem 17. und 19. September stattfinden soll. Sie haben diese Einladung vor allem in der Hoffnung angenommen, um die Gelegenheit zu ergreifen, den sozialistischen Parteien der übrigen Länder die Schritte über die jetzige Lage in Rußland zu geben. Jedoch haben die Schritte, die sie bisher bei den englischen und französischen Behörden taken, um den Fuß zu erhalten, zu keinem Ergebnis geführt. Andererseits haben sie erfahren, daß die französischen Sozialisten die Annahme der Bolschewiki zur Bedingung für die Teilnahme der russischen Sozialisten an der internationalen Konferenz gemacht haben. Die russische sozialistische Abordnung wäre nur höchst zufrieden, wenn sie die Bolschewiki auf der Konferenz treffen könnte, um sie vor den Vertretern der ganzen Welt für jene Schandtat zur Rechenschaft zu ziehen, die sie im Namen des Sozialismus begangen haben. Was die Auffassung der französischen Sozialisten anbetrifft, daß die Russen an der Londoner Konferenz nicht teilnehmen können, da Rußland kein souveränes Land mehr ist, so kann die russische sozialistische Abordnung hierauf nur antworten, daß sie gerade, an einer sozialistischen und Arbeiterkonferenz teilnehmen zu können, nicht an einem diplomatischen Kongreß, der so nachher viel auf Formalitäten gibt.

Die neue Landowne-Partei

Bern, 14. Septbr. (Z.M.) „Doris Chronicle“ berichtet: Die neue Lord-Landowne-Partei, die für die Neuwahlen zum Unterhaus gegründet wurde, hält ihre erste Versammlung ab. Das Programm lautet: 1. Verständigung; 2. Abrüstung; 3. Schiedsgericht; 4. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund; 5. Berichtigung auf den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

Arbeiter und Parteigenossen! Agitiert für die Volkswacht!

Deutschland

Der Hauptausschuß des Reichstages tritt zusammen
WTB. Berlin, 16. September. Der Hauptausschuß des Reichstages tritt am Dienstag den 24. September, vormittags 10 Uhr, zusammen.

Zur Einberufung des Hauptausschusses
Lieft man heute im „Vorwärts“: Eine tiefe Bewegung geht durch Deutschland. Ihr erster Niederschlag ist die Einberufung des Hauptausschusses. Der Vorsitzende, Genosse Ebert, drängte seit Wochen auf die Einberufung. Hoffentlich wird es auch gelingen, baldigst die Vollversammlung des Reichstages zusammenzurufen zu lassen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für Montag zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß eingeladen. Die Nationalliberalen haben offenbar die Auffassung, daß der Schwerpunkt der Entscheidung von der gegenwärtigen Regierung abdrückt und immer mehr zur Reichstagsmehrheit hinüberdrückt. Da möchten sie den Ausschluß nicht verpassen. Alle diese äußeren Anzeichen, meint der „Vorwärts“, lassen erkennen, daß man in Deutschland im Vorgefühl einer ersten Krisenstimmung lebt.

Die Schuld der Alldeutschen
In den „Preussischen Jahrbüchern“ rechnet Professor Hans Delbrück mit den Alldeutschen scharf ab. Er schreibt unter anderem:

So gewiß wir den Krieg nicht gemollt haben, so müssen wir doch bekennen, daß wir in Deutschland eine Bewegung hatten, die den Argwohn der anderen Nationen erregte, und von der öffentlichen Meinung viel weniger beachtet, jedenfalls lange nicht scharf genug zurückgemessen worden ist. Die „Preussischen Jahrbücher“ können sich das Zeugnis geben, daß sie lange vor dem Kriege geschrieben haben, die Alldeutschen seien viel gefährlicher als die Sozialdemokraten, da sie uns in einen Krieg verwickeln könnten, der sonst vermieden werden könnte. Der Vorkämpfer in Washington, Graf Bernstorff, hat die alldeutschen Forderungen scharf getabelt, und als Herr von Hennebrand sich einmal im Reichstag in pathetisch-hautwinkigen Redewendungen erging, schlug ihn der Reichstagskanzler von Bethmann Hollweg schonungslos zu Boden.

An Abwehr hat es also nicht gefehlt, aber wie ungeheuer uns das alldeutsche Treiben geschadet hat, wie sehr jede verfehlene Äußerung von den gleichgestimmten feindlichen Chauvinisten-Parteien ausgeschlachtet worden ist, das hat uns doch erst der Krieg selber gelehrt. Die falsche Marinepolitik des Admirals von Tirpitz, der statt der Unterseeboote einen Dreadnought über den anderen baute, die nun doch die Blockade der Nordsee nicht verhindern konnten, den Argwohn der Engländer aber bis zur Rotzerei steigerten, wirkte damit aufs Unheilvollste zusammen.

Das beste Mittel, der Welt zu zeigen, daß das regierende Deutschland endgültig und unwiderruflich den alldeutschen Bestrebungen die Tür gewiesen hat, wäre, wenn die Regierung alle jene alldeutschen Vergehungen vor dem Kriege sammeln ließe und aus der feindlichen Literatur nachweise, wie sehr uns dieses Gebahren geschadet und zur Entzündung der Kriegskatastrophe beigetragen hat.

Delbrück schildert ferner, wie alle Friedensbestrebungen durch alldeutsche Treibereien durchkreuzt wurden und kommt zu dem Schluß, „daß weder die deutsche Regierung noch das deutsche Volk alles getan haben, was ratsam war und

Die Not der Presse

In der 'Chemnitzer Volksstimme' bespricht Genosse D. Schulte in einem sehr interessanten Artikel die gegenwärtigen Schwierigkeiten unter denen die mittleren und kleinen Blätter, insbesondere die Arbeiterblätter, zu leiden haben.

Der Zeitung wird im Kriege das Leben bitter-schwer gemacht. Nicht nur, daß der Jenfor jeden Schritt, den sie geht, streng überwacht, damit um Gotteswillen nicht ein Wort gesprochen werde, das die Behörden nicht schon vorher gedacht und ausgesprochen haben.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Heute wie in der Friedenszeit flattert das Zeitungsbüchlein in viele Tausende von Wohnungen und gibt Kunde von dem Geschehen in der großen und kleinen Welt.

Wie die Grippe auf der Menschheit des vierten und fünften Kriegsjahres, so lastet auf der Zeitung unserer Tage das Schnürgewebe der gesetzlichen Bestimmungen.

Danziger Nachrichten

Aufruf!

„Es wird das Jahr stark und scharf hergehn. Aber man muß die Ohren steif halten, und jeder, der Ehre und Liebe fürs Vaterland hat, muß alles daran setzen.“

Der Danziger Bürgerausschuß für die Danziger Kriegsanleihe

Der Danziger Bürgerausschuß für die Danziger Kriegsanleihe veröffentlicht in dieser Nummer einen Aufruf zur Zeichnung der 9. Kriegsanleihe.

Strandhalle Brösen

Die Danziger Kriegswohlfahrtspflege (Schutzherrin Frau von Mackensen) veranstaltet am morgigen Sonntag in sämtlichen Räumen der Strandhalle in Brösen ein der Wohltätigkeit geweihtes Erntefest.

Rede Hildebrand eine prächtige Leistung in Sprache und Spiel.

Dazu ist er eine ausdrucksvolle Bühnenercheinung. Der Habubrand des Herrn Reuch aus war im Spiel nicht überl.

Als erstes Hauptmann-Drama ging am Dienstag „Rose Bernd“ über die Bühne.

Wieder war es ein voller Erfolg. Vor allem übte das Stück selbst eine tiefe Wirkung aus. Ist doch das Stück mit dem tragischen Schicksal der unehelichen Mutter und Kindesmörderin eines der besten sozialen Dramen.

Parteiversammlung

Am Montag hielt der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Krüger referierte zunächst über den augenblicklichen Stand der Wahlrechtsvorlage und besuchte eingehend die Haltung der Regierung in dieser Frage.

Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen

In der gestrigen Sitzung des Kriegsauschußes für Konsumenteninteressen wurde beschlossen, diejenigen Verbraucher, die sich für die Zeit vom 15. Dezember bis 20. Juli mit je 2 1/2 Zentner Kartoffeln eindecken wollen, aufzufordern.

„Der Osten wird den Kram schon schmeißen“

Der bekannte imperialistische Schriftsteller Dr. Paul Rohrbach hielt auf Einladung der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung am Donnerstag voriger Woche im Danziger Hof einen Vortrag über das Thema: Was hat der Ostfriede Deutschland gebracht und was verspricht er für Deutschlands Zukunft?

Das der Vortrag von Anfang bis zu Ende imperialistischen Inhalt hatte, wird wohl kein Zuhörer bestreiten können.

Mit keiner Silbe deutete der Vortragende die Möglichkeit der Verständigung der Kriegführenden an zur Beilegung des Krieges. Von Völkervereinigung, Weltfriedensvertrag und allseitiger Abrüstung sprach Rohrbach kein Wort.

Von dieser Absicht war der ganze Vortrag durchdrungen.

Zurückdrängung imperialistischer Bestrebungen der übrigen Welt und Förderung des deutschen Imperialismus ist seit jeher die Lebensaufgabe Rohrbachs gewesen und jetzt glaubt er seinem Ziele recht nahe zu sein.

Die honorige Versammlung stimmte Rohrbach wieder zu.

Wir können nur wünschen, daß die Entwicklung der Dinge sich nicht in der Richtung dieser, auf Macht basierender Rohrbachscher Gedankengänge vollziehen möge, sondern daß die in den letzten Tagen erfolgte Burianische Ausrüstung auf fruchtbaren Boden fallen und zwischen allen Kulturstaaten der Welt ein dauerndes Freundschaftsverhältnis geschaffen werde.

Danziger Stadttheater

Eröffnung: „Hildebrand“, Drama von H. Eilkenstein.

Mit obigem Drama wurde die diesjährige Spielzeit am Sonntag eröffnet. Um es gleich vorweg zu sagen: Es war ein voller Erfolg. Ein literarisch nicht unbedeutendes Werk, eine reichsdeutsche Uraufführung, ein anwesender Dichter, eine tüchtige Spielleitung und nicht zuletzt schauspielerische Kräfte, mit denen man durchaus zufrieden sein kann.

Das Stück des unzugänglichen Schwächen hat (man kann nicht verstehen, warum Habubrand keinen in Charakter und Wesen ihm völlig gleichen Vater nicht wiedererkennt) bietet aber dennoch des Schönen genug.

Die neue Spielzeit hat uns im Schauspielfach zum größten Teil neue Kräfte gebracht.

Der neue Fortschritt. Herr Kiewer (Heldenwater) bot als der

...um anstet dem Defektreis geschrieben: Mein 13 Jahre alter Sohn, dessen Vater vor dem Feinde steht, wurde vom ...

Das erste Frühstück gab es um 8 Uhr. Als zu dieser Zeit mußte der Junge Wasser für die seiner Obhut anvertrauten 9 Schweine und 138 Gänse heranschleppen. Nach dem Frühstück wurde er mit dieser Herde auf das Feld geschickt. Abends mußte der Junge wieder die Erträge voll Wasser tragen, die Gänse und Hühner zählen. Es wurde gewöhnlich 11 Uhr, ehe der Erholungsbedürftige ins Bett kam.

Die Erholung dauerte vom 28. Mai bis zum 12. August. Während dieser Zeit wurden dem Junger einmal ein Hemd, zwei Paar Strümpfe und eine Oberhose gewaschen. Während einer dreitägigen Erkrankung, hervorgerufen durch Erkältung, kümmerte sich kein Mensch um ihn, obwohl der Junge hohes Fieber hatte. Er mußte seine Arbeit auch während dieser Zeit fortsetzen. Nach fünf Wochen besuchte ich meinen Großvater, um seine Sachen auszubessern. Auf der Rückreise wurde ich von einem Herrn angeprochen, der sich als der evangelische Pfarrer der Gemeinde Riefenkirch vorstellte und mir zu versprechen gab, diese Besuche einzustellen, da sie nicht gestattet seien. Ueber das Wohlergehen des Jungen wache er. Briefe und Karten sowohl vom Jungen als von mir, unterlagen der Zensur der Frau Klein.

Am 12. August fuhr ich trotzdem wieder zu meinem Großvater, um eine Kleider instand zu setzen. Frau Klein erzählte mir nur, daß eine Gans vom Jungen erschlagen sei. In Gegenwart der Frau Klein berichtete der Junge, daß er die Gans durchaus nicht böswillig erschlagen habe, sondern daß der zum Hüten erforderliche Stod zerbrochen sei und ein Stück davon eine Gans getroffen habe, ihn somit kein direktes Verschulden treffe. Ich erklärte nun der Frau Klein, daß ich sie vor weiterem Schaden bewahren und den Jungen nach Hause nehmen wolle. Am 2. September erhielt ich vom Jugendamt in Danzig die Mitteilung, daß der oben genannte Pfarrer geschrieben habe, Frau Klein verlange einen Schadenersatz von 70 Mark für die geistete junge Gans. Neben der umfangreichen Arbeit, welche der Junge während seines Landaufenthaltes leisten mußte, wobei er seine Kleider, die jetzt nicht zu beschaffen sind, vollständig verbraucht hat und neben 38 Mark, welche ich für Bekleidung bezahlt habe, jetzt noch 70 Mark für eine junge Gans bezahlen zu sollen, war denn doch des Guten für diese Erholung auf dem Lande zu viel. Dieser Vorfall mag anderen Eltern zur Warnung dienen und sie veranlassen, im gegebenen Falle recht vorsichtig zu sein.

Siehe im Schleichhandel
Folgender Beitrag zur Kulturgeschichte der großen Zeit verdient auf die Nachwelt gebracht zu werden. Eine Frau P. aus Charlottenburg unternimmt eine Reise und lernt auf der Eisenbahn einen Landwirt aus Ostrowo, Kreis Samter, kennen, dessen entgegenkommendes Wesen sie ermuntert, in einem Brief an ihn die Entzückung geschäftlicher Beziehungen zu veruchen. Sie erhält darauf folgende Antwort, die der entzückte Ehemann dem „Vorwärts“ geschickt:

Ostrowo, Kr. Samter, den 2. 9. 18.
Sehr geehrte Frau P. ... ihren wertigen Brief erhalten, u. daraus ersehen, das Sie sich etwas Lebensmittel gern holen wollen. Nun will ich auch ihnen entgegenkommen. Und können Sie nach Samter kommen u. umat müssen Sie Morgens um 6 Uhr da sein. Also Sie fahren Donnerstag Abend 10 Uhr, wenn die Stunde nicht, bis Kreuz, dort umsteigen. Ich bin auch da oder werde erst um 5 Uhr dort sein. Drum fragen Sie mich der Weg hingebst nach Ostrowo, ostobann müssen wir uns treffen. Ich bringe Ihnen 20 Stk Eier 15 Stk Weiz u. Gr. Kartoffeln etwas Gurken und 2 Stk Fleisch auch 3 Stk Käse. Ich will für die Sachen kein Geld. Aus Ihnen aber gesehen, ich will mal gut leben. Also Sie wissen was ich will. Wenn wir uns erst kennen, können Sie alle Monat kommen u. ich werde Sie schon immer was besorgen. Also bestimmt Freitag. Wenn nicht bitte um Antwort.
Es grüßt unter einem süßen Kujs
Ihr H. E. ...

Die ... der ... an der ...
... Jahre gearbeitet hat, liegen in der gesundheitlich einwandfreien Herstellung des Brotes, die rein mechanisch vor sich geht, in der besten Ausnutzung des Getreides und der Ersparnis der Kosten, die das Mühlenverfahren in sich schließt.
Nach wissenschaftlichen Untersuchungen entspricht das neue Vollkornbrot einem Brot, das aus 80 prozentigen Friedensmehl zubereitet wurde. Die Menge des Grobfrüchens und die Verwertung des Müllabrotens einige Maschinen im Betrieb, die sich sehr gut erprobt haben. Wenn nur 20 Prozent aller Deutschen — so ergibt eine wirtschaftliche Berechnung — dieses „Grobkorn-Brot“ essen würden, bedeutet das eine Ersparnis von 21 Millionen Zentner Brotgetreide jährlich.

Abgabe von Lebensmitteln.
Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Kartoffel-, Butter- und Lebensmittelkarte erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Neues Arztkassengebäude
Wie wir erfahren, beabsichtigt die Allgemeine Ortskrankenkasse ein Gebäude käuflich zu erwerben, um dort die Bureauräume der Kasse unterzubringen. Damit wird eine Forderung erfüllt, die wir schon mehrmals gestellt haben. Waren doch die bisherigen Bureauräume gänzlich ungenügend und direkt gesundheitsschädlich. Mit der Einrichtung eines neuen Bureauhauses sollte der Vorstand aber auch nicht zögern, endlich die zahnärztliche Behandlung der Mitglieder in eigene Verwaltung zu übernehmen. Bei dem bisherigen Verfahren wird die Kasse und erst recht die erkrankten Mitglieder von den Zahnärzten aufs schlimmste ausgebeutet. Ist es doch vorgekommen, daß von einem hiesigen Zahnarzt für das Plombieren eines Zahnes neben dem von der Kasse gewährten Satz vom Patienten noch 10 Mark extra gefordert wurde. Das sind unhaltbare Zustände. Andere Ortskrankenkassen Deutschlands haben eigene Zahnkliniken bereits seit vielen Jahren eingerichtet und Kasse und Mitglieder sind mit dieser Einrichtung aufs beste zufrieden. Hoffentlich entschließt sich der Vorstand zu diesem höchst notwendigen Ausbau der Kasse.

Errichtung von Wohnungsämtern
Das preussische Wohnungsgesetz vom 28. März 1918 legt den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern die Pflicht auf, Wohnungsämter zu errichten. Auch kleinere Gemeinden können Wohnungsämter gründen und sich gegebenenfalls zur Errichtung gemeinsamer Wohnungsämter zusammenschließen. Für Gemeinden von 50 bis 100 000 Einwohnern kann durch die Aufsichtsbehörde die Errichtung eines Wohnungsamtes vorgeschrieben werden. In einem Erlaß hat der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen angeordnet, daß die Gemeinden unverzüglich zur Ausführung des Gesetzes schreiten und, soweit ein Zwang zur Errichtung von Wohnungsämtern nicht besteht, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob sich ein Wohnungsamt empfiehlt. Der Erlaß weist darauf hin, daß dies namentlich dann der Fall sein wird, wenn in einer Gemeinde schon seit längerer Zeit Wohnungsmangel herrscht, ferner bei starker gewerblicher Entwicklung der Gemeinde. Es wird häufig zweckmäßig sein, Wohnungsämter für den Bezirk eines Kreises ins Leben zu rufen. In einem weiteren Erlaß hat der Staatskommissar die schleunige Errichtung von Wohnungsnachweisen empfohlen, auch für Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Es sei zweckmäßig, die Nachweise als Gemeindefürsorge für alle Wohnungen ohne Rücksicht auf ihre Größe einzurichten und die Benutzung möglichst kostenlos zu gestalten. Wünschenswert sei ein Hand-in-Hand-Arbeiten des Wohnungsnachweises mit dem Arbeitsnachweis. Besonders angezeigt erscheine es, bei der Einrichtung von Wohnungsnachweisen Vorbehalte zu treffen, daß vermietbare Wohnungen, die sich für kinderreiche Familien eignen, besonders kenntlich gemacht werden.

Ein wichtige Entscheidung für Arbeiter.
Einem Arbeiter in Köln, der zum Bezirkskommando bestellt worden war und drei Stunden ausbleibt, wurde der Lohn für die drei Stunden abgehalten. Er klagte am Gewerbegericht auf Zahlung des Betrages. Der Unternehmer wandte ein, daß er für die Zeit, die nicht gearbeitet wurde, nichts zu zahlen brauche.
Das Gericht stellte sich auf einen anderen Standpunkt. Der § 616 des B. G. B. lautet: Der Arbeiter wird des Anspruchs auf Entschädigung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig kurze Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Da mit dem Kläger nicht ver. inbart war, daß nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt wird, so mußte der eingeklagte Betrag gezahlt werden, denn drei Stunden wurde im vorliegenden Falle als teilweise erhebliche Zeit betrachtet.

Errichtung des Kriegshadenerhauses
Im Anschluß an die Erörterungen im Abgeordnetenhaus im Juli über einige noch bestehende Häfen und Wäden des Kriegshadenerhauses für die Landwehr und an die bei der Reise des Hausabteilungsleiters durch Ostpreußen stattgefundenen Besprechungen sind, wie uns vom Oberpräsidium geschrieben wird, gegenwärtig Verhandlungen zwischen den preussischen und den Reichsbehörden im Gange. Die mit Bestimmtheit auf ein baldiges beendigtendes Ergebnis hoffen lassen. Insbesondere wird die Bereitstellung von Mitteln erwogen, die nach einem festen Maßstabe an besonders schwer geschädigte Landwirte, namentlich in den Grenzgebieten als Beihilfen für die Zeit gegeben werden sollen, in denen sie infolge baulicher Zerstörungen oder sonstiger zwingender Gründe ihre Wirtschaft nicht einmal notwendig in Gang bringen konnten. Es soll hierdurch eine Gleichstellung der Landwirte mit den Gemarkungsbewohnern herbeigeführt werden, die schon jetzt in derartigen Fällen auf Grund der Verordnung vom 4. August v. J. Entschädigung erhalten. Außerdem wird die Zuschlagssätze für landwirtschaftliches lebendes und totes Inventar erhöht werden, damit in bestimmten Fällen für Ertragsausgleichungen, die der geschädigte Landwirt nach Lage seiner Wirtschaft erst in der letzten Zeit machen konnte oder erst demnächst machen kann, Verzugszuschläge gewährt werden können, die anknüpfend an inoffizielle aufberechnete veranschlagte Preissteigerung

Bürger! Bürgerinnen Danzigs!
Im jähren Aushalten tragen die leitgeschlossenen Reihen unserer Heere dem ungeheuren Ansturm feindlicher Massen. Der Feind kann nicht durchbrechen, wir werden den Endsieg erringen. Auch uns droht eine Offensive hinterlistiger feindlicher Agenten und Treidler. Man will unsere Zuversicht, unser Vertrauen zernichten; das deutsche Volk soll entmutigt werden und selbst den Arm unserer Heeresmacht lähmen. So will es der Feind. Das wird ihm nicht gelingen! Führen wir einen trottseligen Gegenangriff durch die Kriegsanleihe! Ein glänzendes Ergebnis auch der 9. Kriegsanleihe wird dem Feind zeigen, wie ohnmächtig seine Heimtücke zu Boden sinkt. Deutschlands Kraft ist ungebunden. Der Satz, daß Werbung und Zeichnung der Kriegsanleihe Kampf für das Dasein des Vaterlandes gegenüber feindlicher Gewalt bedeutet, ist uns allen tief ins Herz gedrungen. Wir werden freudig auch das neue Werk vollbringen.

...für die ... die ...
... für die ... die ...
... für die ... die ...
... für die ... die ...

Aus Westpreußen

Gefahr — und kein Schutz dagegen?
Unter der Ueberschrift „Eine Gefahr für die Volksernährung“ berichtete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß sich in den Eisenwarenhandlungen überall die starke Nachfrage nach sogenannten „Schrotmühlen“ bemerkbar, die von den Verkäufern und Käufern auch „Knochenmühlen“ benannt werden. Sie sind aus Gußeisen gefertigt und repräsentieren einen realen Wert von 5 bis 10 Mark, je nach Größe. Im Kleinhandel werden sie mit 80 bis 100 Mark bezahlt. In dieser Mühlen werden auf dem Lande weder Knochen, noch Kaffee, noch Schrot gemahlen, sondern Roggen, Weizen und Hafer, bald zu Mehl, bald gebrannt als Kaffee-Erlaß. Die Aufsichtsbehörden sind sich kaum bewußt, welche Mengen guten Korns hier der großen Masse des Volkes entzogen werden, um als Mehl für Kuchenbackwerke und für den Schleichhandel Verwendung zu finden. Es gibt Landkreise, in denen in jedem Hause eine solche Schrotmühle zu finden ist. Diese Mühlen können in einem Tage bequem 50 Pfund Korn gemahlen. In verschiedenen Bezirken haben die Generalkommandos die Gefahr erkannt und strenge Verbote erlassen, trotzdem aber wird dort offen und ohne jedes Geheimnis weiterhin gesündigt. Auch nach den Städten wird ungemalenes Korn in kleineren Mengen täglich geschmuggelt und es gibt dort überall hunderte Hauskaltungen, die ebenfalls ihre Schrotmühlen haben. Viele tausende Zentner Brotgetreide, die wir so dringend gebrauchen, gehen dadurch zugunsten Einzelner der breiten Masse des Volkes verloren.

Die Gefahr ist von dem Regierungsblatt ganz zutreffend dargestellt. Aber gibt es gegen sie gar keinen Schutz? Was will die Regierung tun, um für die gleichmäßige Versorgung des Volkes die vielen Laufende von Zentnern Getreide zu sichern, die ihr verloren zu gehen drohen?!

Weiterer militärischer Mieterchutz
Auch vom stellvertretenden Generalkommando 20. Armeekorps ist durch Verordnung vom 31. August d. J. eine weitere Regelung betreffend Mietzinserhöhung und Kündigung von Wohnungen erfolgt. In Zukunft dürfen nur mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes die Mietpreise für Wohnungen erhöht werden, und zwar sowohl dem gegenwärtigen als auch dem neuen Mieter gegenüber. Ebenso bedarf dieser Genehmigung die Festsetzung des Mietzinses bei der erstmaligen Ueberlassung einer Wohnung. Der Vermieter darf ohne erfolgte Genehmigung der Höhe des Mietzinses die Zahlung des den früheren oder gegenwärtigen Mietpreis übersteigenden Betrages nicht fordern. Die Kündigung einer Wohnung ist nur zulässig, wenn das Mieteinigungsamt der Kündigung zustimmt. Das gleiche gilt von der Ueberlassung der Wohnung an einen anderen als den bisherigen Mieter, wenn der Mietvertrag ohne Kündigung abläuft. Auch wenn der Vermieter die Wohnung nach Ablauf des Mietvertrages für sich benutzen will, bedarf er der Zustimmung des Mieteinigungsamtes. Im Sinne der neuen Verordnung gilt auch die Untermiete. Die Verordnung findet jedoch keine Anwendung auf Mietverhältnisse, die mit dem Mietzins die Gewährung von Kost in sich schließen.

Ergebnis, 12. September. Gegen die hohen Torfpreise nimmt der Landrat im Ebinger Kreisblatt mit folgender Bekanntmachung Stellung: Wie mir berichtet wird, haben die Torfpreise zugeht eine Höhe erreicht, die durch die gesteigerten Betriebskosten in keiner Weise gerechtfertigt ist. So sollen für 1000 Stlegel Torf ab Torflich 40 Mark und mehr verlangt und bezahlt worden sein. Wenn auch Höchstpreise für Torf nicht bestehen, so ist hierin doch zweifellos eine übermäßige Preissteigerung zu erblicken. Der Kreisrat ersucht einen Preis von höchstens 25 bis 30 Mark für angemessen. Bezieher, die mehr als diesen Preis bezahlt haben, wollen sich wegen Rückzahlung des überschüssigen Betrages an ihre Lieferanten wenden. Im Weigerungsfalle und bei weiteren übermäßigen Preisforderungen erlaube ich mir Anzeige, damit ich einer Ausübung der Brennstoffnot entgegenzutreten kann.

Edöan. Polnische Kandidaten und Kandidatinnen für die Wahl zum Reichstag sind für die hier am 17. d. M. abzuhaltende Landtagewahl den Rechtsanwalt und Justizrat v. Kurzejkowski von hier bestimmt. Das Komitee hat sich, wie die „Danziger Zeitung“ schreibt, somit in Widerspruch mit der großen Mehrzahl der Wähler, die in den drei Wählerversammlungen in erster Reihe den Dekan Kasinna, in zweiter Reihe den praktischen Arzt Dr. Krebs und in letzter Reihe erst den Rechtsanwalt v. Kurzejkowski aufgestellt hatten, gesetzt und damit nicht nur der demokratischen Richtung eine scharfe Abtaste erteilt, sondern auch gegen die Bestimmungen der Sählungen verstoßen. Denn nachdem Dekan Kasinna die ihm durch die Mehrzahl der Wähler angelegene Kandidatur abgelehnt hat, kann hierfür nur der in zweiter Reihe aufgestellte Dr. Krebs als Kandidat in Betracht, der von der demokratischen Richtung zugewählt worden war, aber nicht der jetzt vom Provinzialkomitee bestimmte Rechtsanwalt v. Kurzejkowski, dem man in hiesigen Kreisen der Adelspartei zuzählt.

Gewerkschaftliches

„Unabhängige“ Gewerkschaftsentrüstung
Wie die beliebten „unabhängigen“ Beweise für die „Charakterlosigkeit der Gewerkschaftsinstanzen“ gemacht werden, dafür liefert die neueste Nummer 36 der „Metallarbeiter-Zeitung“ einen sehr wertvollen Beweis. Der Vorstand des „Metallarbeiter-Bandes“, der größten deutschen Gewerkschaft hatte pflichtmäßig gegen die unverantwortliche Streiktheorie anonymen Dunkelmänner durch einen Aufsatz gewarnt. Deshalb war er mit einer Flut von Angriffen gerade von jener Seite bedacht, die angeblich von solcher unverantwortlichen Streikwühlerei auch nichts wissen will. In einem Falle besonders unerhörter Ehrabschneidung griff der Vorstand fest zu. Den Erfolg schildert die „Metallarbeiter-Zeitung“ in einer Erklärung des Vorstandes „In eigener Sache“, die in einer öffentlichen Rüge für den Herzfeld-Jünger endigt, wie folgt:
In der Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Offen vom 28. April d. J. hat der Geschäftsführer W. Steinhauer eine Entschuldigungsrede zum Aufbruch des Vorstandes in Nummer 10 der „Metallarbeiter-Zeitung“ eingebracht und begründet, worin unter anderem folgende Rede:
„Die Mitglieder (Versammlungsbesucher) betrachten den Aufsatz als eine niederträchtige bestellte Arbeit, die alles in der modernen Arbeiterbewegung vorgekommene übertrifft und als Ehrabschneiderei politisch andersdenkender Kollegen.“
Der Vorstand leitete hierauf gegen Steinhauer das Ausschließungsverfahren ein und überwies die Angelegenheit an eine

Preiswerte Trikotagen:

Damen-Handschuhe

Handschuhe	Waschloder-Nachahmung	Paar	1.50
Handschuhe	Stuhlarbeit, reine Seide	Paar	2.25
Handschuhe	ohne Aufnahme, reine Seide	Paar	3.75
Handschuhe	feines Leinengewebe	Paar	4.25
Handschuhe	Wildleder-Nachahmung, grosses Farbensortiment	Paar	6.00

Damen-Strümpfe

Strümpfe	durchbrochen, gute Qualität	Paar	9.00
Strümpfe	Flor, mit Doppelferse, -Sohle und -Spitze	Paar	10.50
Frauenstrümpfe	Baumwolle gestrickt	Paar	11.75
Florstrümpfe	mit Zwickel, besonders vorteilhaft	Paar	13.75
Strümpfe	Seldensatz mit Doppelfuss	Paar	18.50

Damen-Unterkleidung

Gestrickte Hemdchen	Wollersatz, 1/2 Arm, Stück	12.25
Gestrickte Hemdchen	reine Wolle, 1/2 Arm, Stück	13.50
Reformbeinkleider	haltbare Stoffqualität	Paar 18.50
Schlupfbeinkleider	Baumwolle schwer	Paar 33.00
Damen-Untertailen	Baumw. gestrickt, 1/2 Arm, Stück	7.50

Instandsetzen
alter fehlerhafter
Strümpfe
schnell, sauber,
preiswert

Walter & Fleck

Grösstes Kaufhaus am Platze

Instandsetzen
alter fehlerhafter
Strümpfe
schnell, sauber,
preiswert

Preiswerte Angebote!

Nicht an Wiederverkäufer!

Gebürder

Freymann

G. m. b. H.

Mengenabgabe vorbehalten!

Holzwaren

Stuhlsitze	1.25	60
Putzkasten	3.50	1.25
Handtuchleisten	1.10	95
Handtuchhalter	2.75	1.75
Messerkästen	2.85	2.50
Toilettenhalter		1.50
Etagere	12.50	8.75
Kleiderleisten mit 8 Haken		95
Obsthorden	2.75	1.75

Steingutwaren

Obertassen, weiss	Stück	28.5
Obertassen, bunt	Stück	38.5
Untertassen, sortiert	Stück	22, 18.5
Kaffeeteller, weiss	Stück	28.5
Beck, bunt	Stück	20, 15, 12.5
Essteller, tief und flach, weiss		60, 45.5
Essteller, tief und flach, bunt	Stück	75.5
Satzschüsseln, 4teilig, weiss, Satz		1.85
Satzschüsseln, 4teilig, bunt, Satz		2.25
Satzschüsseln, weiss		8.75, 4.75
Kesernnapfe	Stück	1.25
Schmalzdosens	Stück	95.5
Salatschüsseln, weiss, eckig		1.25, 85.5
Salatschüsseln, Zwiebelmuster		1.75, 1.45

Beckschüsseln, weiss	Stück	1.40
Schüsseln mit Rand, weiss	Stück	1.90
Gemüsetonnen, creme	Stück	95.5
Gemüsetonnen, bunt und golddekor.		1.45
Salz- und Mehlresten, creme	Stück	1.75
Salz- und Mehlresten, bunt	Stück	2.00
Milchtöpfe, Zwiebelmuster		2.45 bis 95.5
Heisswasserkannen	Stück	2.95
Wasserkannen, bunt	Stück	3.50
Washbecken, bunt	Stück	3.75
Puddingformen	Stück	95, 95, 80.5
ringkästen	Stück	2.95
Spucknapfe mit Einlage	Stück	1.75
Sand-, Seife-, Soda-Garnituren		6.75, 4.75

Waschgarnituren 5teilig 13.50 10.75 7.50

Tonnengarnituren 14t. 21.00 19.50 17.50

Emaile

Kasserollen	2.50	1.95	1.75
Schmortöpfe	4.25	3.75	2.95
Schüsseln	4.50	4.00	3.25
Fleischöpfe	6.00	5.75	4.25
Wasserkessel			5.50
Brotkörbe			2.85
Bratpfannen mit Stiel			1.75
Fensterleimer			3.75

Zinkeimer 8.50 7.50 6.50
Waschkessel verzkt. 15.90 12.50 9.50

Stahlwaren

Taschentüfel	Stück	75, 30.5
Esstüffel	Stück	85, 75, 45.5
Küchenmesser	Stück	1.20, 85.5
Dabele	Stück	1.85, 1.25
Taschmesser	Stück	2.25, 2.00
Scheren	Stück	95.5
Taschmesser	Stück	1.35
Brotmesser	Stück	2.50

Glaswaren

Wassergläser	Stück	25, 22.5
Bierbecher	Stück	85, 75, 65.5
Groggläser	Stück	1.40, 65.5
Glasschal., Zürich längl.	St.	1.35, 90, 60.5
Glasschal., Phoenix rund	St.	1.25, 95, 60.5
Kuchenteller	Stück	2.75, 1.55, 75.5
Sturzflaschen	Stück	1.65, 95.5
Butterdosen	Stück	1.75, 95.5

Honiggläs. m. Schraubversch.	95, 75, 85.5
Rotweingläser	Stück 2.00, 1.75, 1.10
Portweingläser	Stück 1.75, 1.45, 95.5
Tabletts	Stück 2.50, 1.25, 1.10
Sektgläser, Schalen	Stück 2.00, 1.75, 1.25
Käseglocken	Stück 3.75, 2.75
Fruchtschalen	Stück 6.00, 4.75
Tortenplatten	Stück 5.75, 4.75

Blechwaren

Kartoffelschäler	Stück	30, 25, 15.5
Kaffeaseibe	Stück	60, 45, 28.5
Schneeschiäger	Stück	85, 85, 65.5
Kaffee- u. Zuckerdosen	Stück	1.10, 95, 75.5
Königskuchenformen	Stück	1.25, 95, 75.5
Gemüsekuchner	Stück	95.5
Springformen	Stück	4.50, 4.00, 3.25
Tea-Eier	Stück	50.5



Kurhaus und Strandhalle Bröschen
Am Sonntag, den 22. September, ab 3 Uhr nachmittags
Modell in den Gesamtträumen der Strandhalle ein
Erntefest
veranstaltet von der **Kriegs-Wohlfahrtspflege** (Schutzherrin: Frau v. Mackensen) — statt.
Gross. Militär-Konzert und andere künstl. Genüsse, Vorlesungen, Versteigerungen und alle Artwackelungen, die sonst unsern schönen Volkstagen eigen sind, werden geboten. Sogar ein reichbestückter Kuchentisch wird in den Dienst der guten Sache gestellt. — Für die übrigen lieblichen Genüsse der gesunden Festteilnehmer hat mein Betrieb einzustehen und diese Aufgabe soll in — beabsichtigt — vorbildlicher Art gelöst werden.
Paul Jbold, Kurhauspächter.

Jungstädt. Gesellschaftshaus

Schichaugasse 6

Täglich: **Familien-Varieté**
Dir.: **A. Schmidke**
Artistischer Leiter: **W. Bretschneider**
Sonntag 2 Vorstellungen
Nachm. 12 1/2 Uhr! Abends 7 1/2 Uhr!
Wochentags Vorzugskarten!
an der Kasse zu haben. 329

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen
Julius Goldstein
Lowendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Notizbücher, Kartenbriefe - Feldpostkarten
Briefpapier - Tintenstifte
und andere Schreibutensilien kaufen Sie sehr vorteilhaft in der
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 22.

Der behördlich genehmigte Rohstoff
Fleischextrakt-Ersatz „Ohsona“
gibt allen Speisen einen kräftigen Fleischgeschmack und ist deshalb an allen Fleischtagen in jeder Familie unentbehrlich.
1 Liter 1.50 2 Liter 2.50 3 Liter 3.50
Ohsona ist unbedenklich haltbar und in den meisten Apotheken der Lebensmittelabteilung erhältlich.

Die anerkannt vorzüglichsten, besonders starken, leichtlaufenden
Gebirgs-Handwagen
liefert sofort gegen Einzahlung oder Rücknahme des Betrages
Weidner Wagen- und Maschinenfabrik
(Fab. Handwagen) Weidner in Thüringen.
Gänge 55 cm 65 cm 105 cm 120 cm
Zweiräder 75 Dtl. 85 Dtl. 95 Dtl. 105 Dtl.
Kufenwagen 80 Dtl. 90 Dtl. 100 Dtl. 110 Dtl.

Spielplan des Danziger Stadttheaters
Montag, 23. September, abends 7 Uhr: „Der goldene Spiegel“, Lustspiel von Bernheim und Heller.
Dienstag, 24. September, abends 7 Uhr: „Die beiden Leokoren“, Lustspiel von Paul Lindau.
Mittwoch, 25. September, abends 7 Uhr: „Rose Scrub“, Schauspiel von G. Hauptmann.
Donnerstag, 26. September, abends 7 Uhr: „Der goldene Spiegel“.
Freitag, 27. September, abends 7 Uhr: „Die Straße nach Steinahy“, 3. 1. Male, eine ernsthafte Komödie v. Stücken.
Sonntag, 28. September, abends 7 Uhr: „Hildebrand“, Drama von Heinrich Heine.
Sonntag, 29. September, abends 7 Uhr: „Die Straße nach Steinahy“.

in ihren Kräften stand, um die Wünsche unserer Völkern zu berücksichtigen. Freilich, ehe nicht Feldmarschall Hindenburg die Westfront wieder festgemacht hat, ist politisch nichts zu tun. Dann aber müsse sofort die Politik eine neue Bahn einschlagen, die es, wie wir dazu versichern können, an der Sozialdemokratie nicht fehlen wird.

Er lernt schon französisch!

Aus Helsingfors wird vom 15. September gemeldet: Um Prinz Karl von Sachsen im Französischen zu unterrichten, soll General Fr. Helma nach Deutschland ab. Sein Aufenthalt wird auf 4 bis 6 Wochen berechnet.

So schnell kann also ein deutscher Prinz und preussischer Generallehre deutsche Nationalität mit einer fremden verwechseln! Ein paar herablassende Redensarten, in 4 bis 6 Wochen eingebracht, genügen vollständig dazu. Es ist sehr merkwürdig. Wir Volk können gar nicht „deutsch“ genug sein, in den obersten Regionen vollziehen sich aber international-kolle Verwandlungskünste mit bligartiger Geschwindigkeit für die Empfindungen, die das im Volk hervorrufen muß, fehlt offenbar das Verständnis.

Die „Vaterlandspartei“ gegen von Payer

Am allgemeinen wird die Stuttgarter Rede Payers in der Berliner Presse mit gemessener Wärme aufgenommen, jedoch nirgends ohne Einwendungen. Die alldeutsche Presse steht natürlich konsequent abseits und unterzieht sich nur in der Tonhöhe des Protestes. Die „Deutsche Tageszeitung“ braucht drei Artikel, um Payer zu verbauen. Im ersten wird er neben Erzberger auf die Strafbank gesetzt, im zweiten verurteilt, allerdings den Umständen entsprechend trumpschaft, Graf Reventlow noch in die Payerische Molekelt „Sicherungsmöglichkeiten“ hineinzuinterpretieren, im letzten wird des Vizetanzlers Stellung zur Wahlreform gewürdigt. Dem „eingefleischten süddeutschen Demokraten“ wird das Recht abgeprochen, den preussischen Staat an die Herrschaft der Massen auszuliefern.

Zum Schluß wird ihm die Qualifikation zu seinem Amte glatt abgeprochen.

Am schlimmsten bekommt er es in der „Vaterlandspartei-Blätter“, „Täglichen Rundschau“:

„Der Vizetanzler unterscheidet sich in nichts, buchstäblich in nichts, mehr von Herrn Scheidemann... Die Stuttgarter Rede des Herrn v. Payer, annoch Vizetanzler des Deutschen Reiches, ist ein nationaler Skandal. Nichts mehr und nichts minder. Er legt uns, noch ehe irgendwelche Aussicht auf irgendwelche Verhandlungen ist, bereits für jede je denkbare Verhandlung in allen Stücken auf unsere äußersten Preis fest. Den gesteigerten Höchstforderungen unserer Feinde setzt er Mindestforderungen entgegen, die alles unterbieten, was selbst von unserer Seite bis jetzt je angeboten wurde. Wer heute oder künftig auf Grund der von Herrn v. Payer geschaffenen Bedingungen zu Verhandlungen mit unseren Gegnern ginge, der träte als hilflos Gefesselter vor sie. Herr v. Payer, dieser Mann mit der unglückseligen Hand, hat uns den Feinden gegenüber in eine Lage gebracht, in der sie nur gewinnen, wir nur verlieren können. Jede gesunde Firma würde einen solchen Sachwalter mit Schimpf entlassen.“

Herr v. Payer spricht aus, was selbst Herr v. Kästmann so unbedingt nicht ausgesprochen hat: Wir räumen Belgien. Er verweist — Schmach und Schande für uns! — bereits die Klauen auf die Gerechtigkeit und Klugheit einer belgischen Regierung. Die Schamröte selbst einem das ins Gesicht. Er verzichtet rund heraus und im Gegensatz zu bekanneten Regierungserklärungen entgegengegesetzten Sinnes und Inhaltes bedingungslos auf jede Kriegsverantwortung. Der Vizetanzler stellt den Feinden den vom Kanzler ausdrücklich verweigerten Freibrief für jede beliebige lange Fortsetzung dieses Krieges aus.

Diese Stuttgarter Rede ist eine diplomatische, politische Katastrophe. Gott schütze uns vor Herrn v. Payer!

Die „Kreuzzeitung“ glaubt eine Adressierung von der Auffassung des Kanzlers in der Wahlrechtsfrage feststellen zu können. Die hiesige alldeutsche „Vaterlandspartei“, konservative „Ostpreussische Zeitung“, das Blatt der Großgrundbesitzer und des ostpreussischen Adels, enträufelt sich natürlich Herz und Seele mit der „Täglichen Rundschau“ über den „nationalen Skandal“ und sucht diese liebliche Kriegssprache möglichst nach zu übertreffen. Und das nur deshalb, weil der Vizetanzler die Opfer des Volkes durch einen Verständigungsfrieden und den Völkerbund vermindern will.

Es klappt!

Nun wissen wir auch wirklich, warum der Krieg da ist! Die „Kreuzzeitung“, die fast ausschließlich auf Gutshöfen gelesen wird, hat ihrer Sonntagspredigt den sehr zeitgemäßen Bibeltext Matth. 6, 31 unterlegt: „Darum sollt ihr nicht sorgen und sagen: Was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden.“ Der Sonntagsprediger meint:

Das müssen wir lernen aus dieser Zeit der Not: Aufpassen zu dem, was allem Fleische seine Speise gibt zu seiner Zeit! Welch eine ungeheure Verantwortung lastet auf unserem Gott! Er hat nicht nur die Menschen zu versorgen, die denken und arbeiten können, sondern auch die unglücklichen Tiere. Und in seinem Haushalt ist alles so löstlich eingerichtet, daß alles klappt, daß selbst die hungerigen jungen Raben nicht verderben.

Ja wirklich, es klappt! Wie es klappt! Jeden Tag legt der Weltkrieg sechs-tausend tote Menschen auf die Schlachtfelder, damit die jungen Raben nicht verhungern. Und wir leben demselben vor fleischlosen Wochen.

Ja, Herr Pfarrer, löstlich ist dieser Haushalt eingerichtet!

Die Bischöffe gegen die Wahlreform

Aus katholischen Kreisen schreibt man dem „Berliner Tageblatt“: „Mit welchen Mitteln der konservative Flügel im katholischen Lager gegen die Wahlreform arbeitet, ergibt sich aus folgendem Vorgang: Nach Rückkehr von der Bischofskonferenz in Fulda ließ der Kölner Kardinal v. Hartmann den bisherigen Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine Dr. Otto Müller, einen Geistlichen, der als Herausgeber der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und als Leiter der genannten Vereine in der E-bischofliche Köln einen sehr energiegelassen Kampf gegen die Gegner der Wahlreform in der Zentrumspartei geführt hatte und diesen längst ein Dorn im Auge war, wissen, daß er seines Amtes entsetzt sei und bot ihm eine Pfarrstelle an, die der Betreffende jedoch ausschlug. Zum Nachfolger hat er Pfarrer Nüchels in Krefeld sich aussuchen, der aber ablehnte. Ziel ist es an der Zeit, demnachst den Reichstanzler zu fragen, ob ihm diese Art der Agitation gegen die von der Krone zugelassene und von ihm betriebene Reform des Wahlrechts bekannt ist, und wie er katholische Geistliche gegen derartige Uebergriffe zu schützen gedenkt. Die Umsenkung des Herrn Dr. Otto Müller erfolgte ausdrücklich unter Berufung auf den gesamten preussischen Episkopat, der nicht dubitieren könne, daß die katholischen Arbeitervereine für die Erzielung der preussischen Wahlrechtsreform im Sinne Herkings und im Sinne der Krone eintreten.“

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“ bemerkt hierzu, daß ihr die gleichen Mitteilungen, an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln ist, zugegangen waren; mit warnten aber nach mit der Berücksichtigung. Jetzt liegt dazu kein Anlaß mehr vor. Unsere weitere werden wir zu der Angelegenheit, die die Wahlrechtsänderung der höchsten deutschen Kirchenbehörde und ihre Gegnerschaft wegen aller Erweiterung der Arbeiterrechte aufs greifste beleuchtet, zu fügen haben, sobald die ersten Erklärungen der beteiligten Stellen vorliegen. Man wird hoffentlich damit nicht zögern!

Karl Peters gestorben

Am letzten Dienstag ist in einer Heilanstalt bei Mainz der ehemalige Reichsanwalt in Deutsch-Ostafrika, Dr. Karl Peters, kurz vor Vollendung seines 62. Lebensjahres gestorben. Peters war einer jener großartigen, aber moralisch nicht verantwortbaren Abenteuerer, wie sie im Anfang der Kolonialgeschichte jedes Landes zu finden sind. Nachdem er in England englische Kolonialpolitik kennen gelernt hatte, unternahm er 1884 seinen Zug nach Ostafrika, der zu seinen mit dem Leben verbundenen Hauptleistungen und damit zur Begründung der deutschen Kolonie führte. Dabei hatte er später ebenfalls über verlorener Genosse Rebel im Reichstag die Ehrenkrone, die ihn Peters als Vermittler der neuen Kolonie hatte zuschicken können lassen. Peters hatte eine seltene Gabe, die er der Aufregung mit großer Mäßigkeit behielt. Peters hatte in der „Schuhmanns-„Welt“ gründlich gelesen. Die Regierung ließ den Fall nur diplomatisch verfolgen und schritt strafrechtliche Verfolgung ab. Das Urteil lautete auf Dienstentlassung, wurde aber trotz seiner schier unbegreiflichen Milde von unseren Vetteroberen hinter dem Ofen heilig angefochten. Später hat sich Peters noch schriftstellerisch betätigt, er starb aber als ziemlich vergessener Mann.

Der anküßlige „Schuhmann“

Wenn es nach den Begriffen unserer Herrschenden eine staats-erhaltende Tüchtigkeit gibt, so ist es sicher die eines königlich preussischen Schuhmanns. Nun aber beklagt sich die „Preussische Schuhmanns-Zeitung“ (Nr. 35), daß der Schuhmann von demselben Staate, den er schützen solle, mißachtet werde, und zwar nicht nur im Zivildienst, sondern auch im Heere.

Erst kürzlich befand sich ein Kamerad in unserer Mitte, der seit Anfang des Krieges im Felde steht und der recht unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Er sollte auf Vorschlag seines Generals zum Offizier der Landwehr ernannt werden. Alles ging gut, nur als die Zivilstellung in Frage kam, da konnte er nicht befördert werden, weil er den Titel „Schuhmann“ führte. Der Titel genügt dem Anschein nach den höchsten militärischen Stellen nicht. Schließlich hat sein Truppenteil doch durchgesehen, daß er das Offizierspatent erhalten hat, weil er ein äußerst tüchtiger Soldat ist.

Ein zweiter Fall. Ein Kamerad als Offiziersstellvertreter nahm stets an der Tafel der Offiziere teil. Es wurde da manches Gespräch geführt, an dem auch der Kamerad sich rege beteiligte und von den Offizieren gerne angehört wurde. Eines Tages erkundigte sich der Hauptmann, der ihn anscheinend bis dahin für einen akademisch gebildeten Juristen gehalten hatte, nach seinem früheren Beruf. Der Kamerad erwiderte, ohne sich seiner Stellung zu schämen: „Nein, Herr Hauptmann, ich bin nicht Akademiker, ich bin nur königlicher Schuhmann.“

Am nächsten Tage durfte unser Kamerad nicht mehr an der Offiziersstafel teilnehmen. Warum? Das konnte er sich ja leicht denken.

Die „Schuhmanns-Zeitung“ behauptet, es sei vielen Kameraden ähnlich ergangen; deshalb wollen die Schuhleute nicht mehr „Schuhmann“, sondern „Wachmeister“ oder etwas Ähnliches sein. Auch andere Vorschläge wollen sie haben.

Die Schuhleute haben eine feine Bitterung. Titel, Treiben und Achselstücke sind die Zeichen, unter denen einstweilen noch in Preußen „Freie Bahn dem Tüchtigen“ gewährt wird.

Grundsatzreihe „Unabhängige“

Jüngst teilte die „Rheinische Zeitung“ als gewissenhafte Chronistin mit, daß die Kaiserin erkrankt und der Kaiser aus dem Großen Hauptquartier zu ihr geeilt sei. Darob gerieten eifrige „unabhängige“ und sonstige Perioden bedenklich ins Wackeln und verurteilten unsern Parteiblatt Gewissensbisse, ob es nicht durch jene Meldung dem Seelenheil des einen oder andern Schaden zugefügt hätte. Dazu schreibt es nun:

„Besserungsfähig, wie wir sind, nahmen wir einige Tage später von der Verlobung des bayerischen Kronprinzen nicht Notiz. Nun lesen wir aber in der wirklich einzigen und allein „unabhängigen“ „Berghischen Arbeiterstimme“ die gewichtige Meldung, daß der 50jährige Kronprinz von Bayern sich mit einer 17jährigen Prinzessin verlobt hat.“

Diese Meldung auf garantiert „unabhängigem“ Zeitungspapier gedruckt zu sehen, das stürzt uns in neue Gewissenskämpfe. Vielleicht verraten uns eifrige zweifelsfrei Kadetten, weshalb in Köln Sünde, was in Solingen erlaubt werden darf.

Rußland

Das geraubte Sowjet-Gold

Moskau, 14. September. „Pravda“ vom 14. September veröffentlicht folgenden Brief Trotski: „In Kasan haben Weißgardisten und Tscheko-Slowaken sich eines Teiles des Goldes, welches Eigentum der Räte-Republik ist, bemächtigt. Dieses geschah auf Befehl französischer, englischer, japanischer und amerikanischer Kapitalisten. Das russische Volk weigerte sich nach der Oktober-Revolution, den ausländischen Wucherern für die vom Jaren abgepflochtenen Anleihen Zinsen zu zahlen. Um den russischen Arbeitern und Bauern ihren Gewinn zu entreißen, haben ausländische Räuber durch die in ihrem Gold stehenden Tscheko-Slowaken und Weißgardisten sich eines Teiles des Goldes bemächtigt. Jetzt verjagen diese Räuber, das erbeutete Gold über Sibirien nach Japan und Amerika oder über Archangelsk nach Frankreich und England zu schaffen. Dieses muß um jeden Preis verhindert werden. Das dem russischen Volk gestohlene Gold muß unverzüglich zurückgegeben werden. Der Schutz dieses Goldes im Gebiet des Tscheko-Slowaken- und Weißgardisten-Aufstandes wird allen ehrlichen Arbeitern und Bauern anvertraut. Nach der Säuberung der Wolga, des Urals und Sibiriens von den Weißgardisten und Tscheko-Slowaken werden alle Schuldigen am Raube des Goldvorrates festgestellt werden. Ihr Eigentum wird konfisziert, sie selbst den schwersten Strafen, einschließlich Erschießung unterzogen werden.“

Klassenregelung der Lebensmittelversorgung

Der Moskauer Sowjet hat auf Anfang September eine neue Organisation der Lebensmittelverteilung eingeführt, wobei alle Zusatzfaktoren abgeschafft, dafür aber die Bevölkerung in vier Klassen eingeteilt wird. Die erste Klasse erhält viermal, die zweite dreimal und die dritte zweimal so viel wie die vierte Klasse. Zur ersten Klasse gehören die Schwerarbeiter, namentlich solche, die in gesundheitsgefährlichen Berufen arbeiten, die Säuglinge und werdenden Mütter. Die zweite Klasse umfaßt alle Schwerarbeiter, alle verantwortlichen Beamten der Sowjets und der Arbeiterorganisationen, Hausfrauen ohne Dienstboten mit mehr als drei Kindern und Kinder von 3 bis 14 Jahren; die dritte Klasse, deren Anteil als Normalmaß betrachtet wird, umfaßt die mit physisch leichten Arbeiten beschäftigten Arbeiter, Bureauangestellte, Handlungsgehilfen, Schauspieler, Ärzte, Dienstboten, Postbeamte, Handwerker, Musiker und dergleichen, Hausfrauen ohne Dienstboten mit 1 bis 3 Kindern, Kinder bis zu 3 und Jugendliche von 14 bis 17 Jahren, Arbeitslose, Rentenempfänger und dergleichen. Die vierte Klasse endlich, die sich mit der Hälfte des Normalmaßes begnügen muß, setzt sich aus allen Personen zusammen, die „von Einnahmen aus Kapitalien und von der Ausbeutung fremder Arbeit“ leben; dazu werden auch Direktoren und Verwalter privater Unternehmungen, Geistliche, Angehörige freier Berufe usw. gerechnet.

Fast völlige Wiederherstellung Lenins

Moskau, 10. September. (B. T. N.) Ueber das Befinden Lenins äußerte sich Dutsch dahin, Lenin sei schon fast wiederhergestellt. Temperatur, Puls, Schlaf und alle physiologischen Erscheinungen nähern ihren normalen Verlauf. Auf die Frage, ob er in einer bis anderthalb Wochen aufstehen könne, meinte Dutsch, vielleicht schon früher. Lenin möchte schon jetzt aufstehen, es treibt ihn zur Arbeit. Er verlangt nach Zeitungen, nach Berichten von Reichstschernoff (der unlängst aus England zurückkehrte), will wissen, was

im Zentralen Ausschussenden Komitee getrieben, mit einem Wort, es zeigt das rege Interesse. Die noch im Körper befindlichen Nerven können jetzt schon angesetzt werden. Es ist sicher, daß die Operation ungefährlich sein wird.

In Petersburg fand am 1. September, 6 Uhr abends, auf dem Marsfelde die feierliche Bestattung Lenins unter Beteiligung einer hunderttausendköpfigen Menge statt. Am Grabe sprachen Sinowjew, Boplen und Sosnowski.

Frankreich

Jaurès Mörder nicht gefestigt

Genf, 15. September. (Berl.) Die Verzeie, die beauftragt waren, den Gesundheits- und Geisteszustand Wilkins, des Mörders von Jaurès, zu prüfen, erklären in ihrem Bericht, Wilkins sei nicht geistesgestört, leide zwar an Körperschwäche, könne aber sehr wohl vor Gericht erscheinen, um sich wegen seiner Tat zu verantworten.

England

Südafrika fordert Selbstbestimmungsrecht

Das Zentralkomitee der Nationalen Partei der vier südafrikanischen Provinzen hat kürzlich folgenden Beschluß an die „Times“ erlassen:

„Die Konferenz des Zentralkomitees der Nationalen Partei der vier südafrikanischen Provinzen ist sich des ernsthaften Wunsches nach Unabhängigkeit bewußt. Sie hat von den wesentlich verknüpflichen Kriegszielen der Entente und der Vereinigten Staaten, die hauptsächlich von Lloyd George und Wilson ausgesprochen wurden, Kenntnis genommen. Diesen Kriegszielen entsprechend, müssen alle Verletzungen der Freiheit und der Rechte der Völker gutgemacht werden. Allen Nationalitäten muß das Recht gegeben werden, über ihr eigenes Geschick zu bestimmen und man darf kein Volk mehr zwingen, unter einer Herrschaft zu leben, die ihm nicht mehr paßt. Da wir überzeugt sind, daß diese Ziele mit den Grundfätzen von Recht und Gerechtigkeit übereinstimmen, bekennen wir unsere beglückte Zustimmung. Wir verlangen, daß diese Grundfätze auf Südafrika angewandt werden. Die Konferenz beschließt dann, die nationalen Parteien zu veranlassen, die nötigen Schritte zu tun, damit auf geeigneter Weise die Anwendung dieses Grundfatzes des Rechts und der Freiheit auf Südafrika gesichert wird.“

Folgerichtig schreibt hierzu der „Nieuwe Courant“ vom 23. August: „Das ist echt afrikanische und altkoloniale Eigenart, so wie diese Leute in Bloemfontein es getan haben, gerade heraus zu sagen: Wir sind mit den Herren Wilson und Lloyd George vollkommen eins. Auch wir finden, daß Selbstbestimmung ein prachtvoller Grundsatz ist. Darum, Wilson und Lloyd George, beugt, bitte, mit eurem eigenen Land und geht erst einmal euren eigenen Untertanen das, womit ihr andere glücklich machen wollt.“

Ob wohl die britische Regierung dieser Aufforderung nachkommen wird?

Lloyd Georges Zrenopfer

Schweizer Grenz, 14. September. (V. U.) Das „Berliner Tagblatt“ meldet aus London: „Daily News“ berichtet, daß gestern die amtliche Statistik der Opfer des irischen Aufstandes veröffentlicht wurde. Allein im Stadtdistrikt Dublin wurden während des Osterfestes 3064 Personen getötet, darunter 2535 Zivilisten, 484 Soldaten und 45 Polizisten. Ferner wurden 14 Teilnehmer an dem Aufstand hingerichtet und 144 Personen ins Zuchthaus geworfen. Einer amtlichen Meldung zufolge sind im Jahre 1917 in Britisch-Indien aus ähnlichen Gründen hingerichtet worden.

Amerika

Wilson droht mit dem Schützengraben

Amsterdam, 14. September. Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson hat den ausständigen Arbeitern der Maschinenindustrie in Bellisport in Connecticut, die die Löhne nicht annehmen wollten, die der Kriegsbedarf durchgesetzt hatte, mitteilen lassen, wenn sie nicht zur Arbeit gingen, so sollten sie für ein Jahr von der Arbeit ausgeschlossen werden, auch sollten die Rekrutierungsämter Auftrag erhalten, nicht länger ihre Ansprüche auf Befreiung vom Militärdienst, die sie auf Grund ihrer Mithilichkeit für die Kriegsproduktion genossen, anzuerkennen. Präsident Wilson sollte den Arbeitern mit, daß das Kriegsdepartement die Verwaltung der Geschützfabrik der Smith and Western Comp. in Springfield übernommen habe, die sich weigerten, den Befehl des War Labour Board anzuerkennen.

Der sozialistische Präsidentschaftskandidat

10 Jahre Gefängnis

Cleveland (Ohio), 14. September. (Newer.) Das Bundesgericht verurteilte den Sozialisten Eugene Debs, der mehrmals Kandidat der Sozialisten für die Präsidentschaft war, wegen Verletzung des Spionagegesetzes zu 10 Jahren Gefängnis. Wie verlautet, hat Debs in einer Rede zur Widerständigkeit gegen den Versuch, der Refrakterung Schwierigkeiten zu machen. Debs wurde gegen Bürgschaft freigelassen, solange das Berufungsverfahren schwebt.

Hierzu eine Beilage.
Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. b. G., Schinasberg 1. B.

Rohrabi

für 4 Personen.

Zutaten: 6 bis 8 Knoden, 1 Teelöffel „Plantor“, 1/4 Liter Rahm oder Wasser, 1 Teelöffel Mehl, 1 Teelöffel Butter.

Hierzu nimmt man junge Rohrabi. Die Älteren und die größeren Knoden sind häufig hart und werden nicht weich. Der Rohrabi wird gewaschen, in dünne Scheiben geschnitten, gewaschen, mit kochendem Wasser bedeckt angelegt und im geschlossenen Topf in 20 Minuten weichgedünstet. Den Deckel legt man hiernach beiseite, läßt das Wasser eintrocknen, gibt „Plantor“ zu dem Wasser, Mehl und Butter schöpft man im Topf, gibt den Rahm und das Rohrabibutter dazu und läßt die Scheiben in dieser Soße 2 Minuten langkochen.

„Plantor“ ist in fast allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften in Packungen von 30 Gramm, 1/2, 1/3 und 1/4 Pfund zu haben und von der Erzeugerfirma Hamburg genehmigt. Paraguan-Deichsacker-Gesellschaft m. b. G., Hamburg.

